

Zeitschrift: Reihe Kriminologie / Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie =
Collection criminologie / Groupe suisse de travail de criminologie

Herausgeber: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie

Band: 13 (1995)

Artikel: Innere Sicherheit : nur ein kriminalpolitisches Problem?

Autor: Gilomen, Heinz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1051301>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

HEINZ GILOMEN

INNERE SICHERHEIT – NUR EIN KRIMINALPOLITISCHES PROBLEM?¹

1. Was ist Innere Sicherheit

Innere Sicherheit hat zweifellos etwas mit Kriminalität und Illegalität sowie mit deren Bekämpfung zu tun; so jedenfalls mein Alltagsverständnis. Schliesslich ist der Begriff ja auch durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erst so richtig in die Öffentlichkeit gebracht worden.

Erste Zweifel an diesem Vorverständnis, an der ausschliesslich kriminalpolitisch zu definierenden Substanz der Inneren Sicherheit sind mir jedoch bereits bei der Lektüre des Aktionsprogrammes Innere Sicherheit 1994 des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD 1994) gekommen.

Zuerst einmal wird dort festgestellt, dass Innere Sicherheit nicht nur mit der objektiven Abwesenheit von Gefahren, sondern auch mit gefühlsmässigen, subjektiven Verunsicherungen zu tun hat (EJPD 1994, 5). Dann werden diese Verunsicherungen nicht etwa nur auf kriminelle Akte, sondern auch und vor allem auf den Autoritätsverlust von Religion und Weltanschauungen, auf die Lösung familiärer Bindungen und auf das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Kulturen zurückgeführt (EJPD 1994, 7). Zudem hätten – so das EJPD – die wirtschaftliche Rezession, die hohe Arbeitslosigkeit, Umweltgefährdungen und ein in Frage gestellter Sozialschutz wesentlich zu den Unsicherheitsgefühlen beigetragen (EJPD 1994, 7).

1 Mein bester Dank geht an Ronald Delémont, Arielle Delay, Didier Froidevaux und Robin Tillmann für die Bereitstellung des empirischen Materials und für ihre wertvollen inhaltlichen Hinweise sowie an George Muriset für die Gestaltung und Produktion der Grafiken.

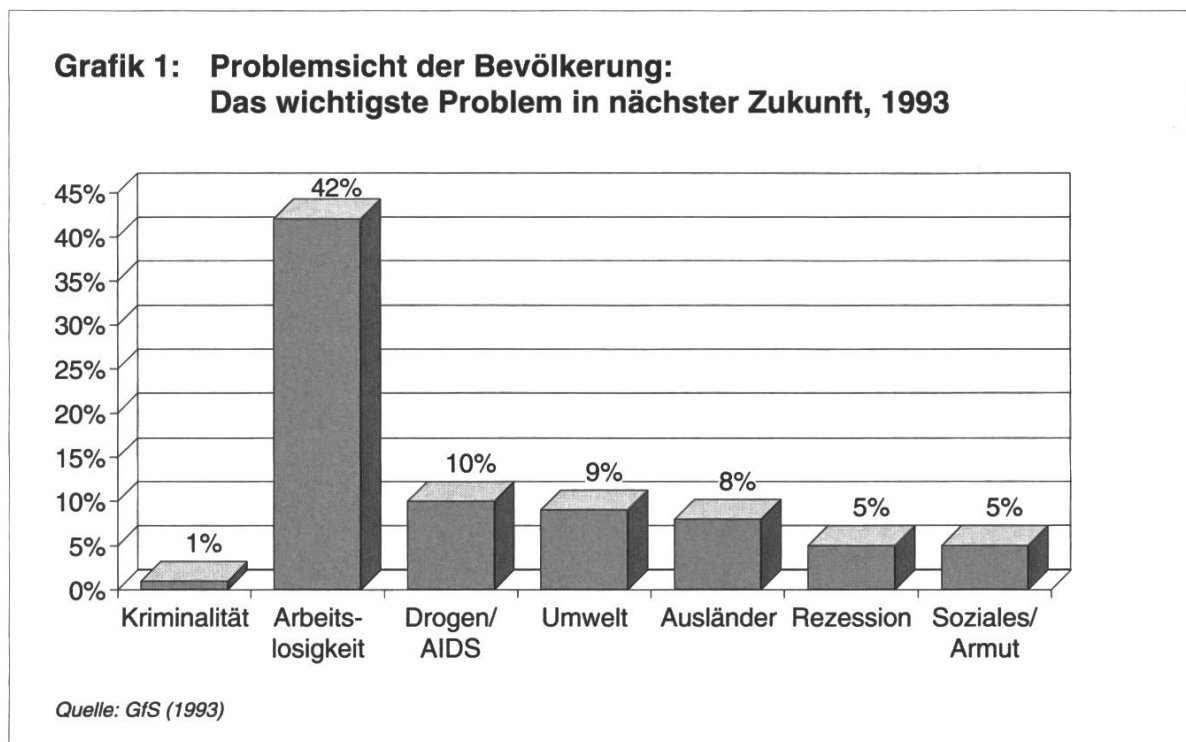
Zumindest im gedanklichen Ansatz beschränkt somit auch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Innere Sicherheit keineswegs auf Fragen der Kriminalität und der Illegalität. Auch wenn dann kriminalpolitische Massnahmen die wesentlichen Schwerpunkte des Aktionsprogrammes bilden, so sind doch die Ränder alles andere als scharf gezogen, und es werden punktuell immer auch andere Felder der gesellschaftlichen und persönlichen Sicherheit berührt. Unter anderem sind auch die Siedlungspolitik, die Verkehrssicherheit, die Katastrophenhilfe und der Verkehr der Bürgerinnen und Bürger mit staatlichen Instanzen unter dem Titel Innere Sicherheit angesprochen (EJPD 1994, 31 ff). Sogar ein ganzes Paket an Massnahmen ist für die Ausländerpolitik vorgesehen (EJPD 1994, 37–44) – und es will ja sicher niemand behaupten, eine nicht-schweizerische Herkunft stelle bereits einen illegalen Akt dar.

2. Die Verunsicherungen in der Bevölkerung

Die Verunsicherungen der Bevölkerung, die subjektiv empfundenen Bedrohungen und Ängste, welche sich nicht nur auf Verbrechen und Gewalt beschränken, sondern auch soziale Tatbestände betreffen, stellen somit die erste Spur dar auf dem Weg über die kriminalpolitische Seite der Inneren Sicherheit hinaus.

Nun sind allerdings aussagekräftige und qualitativ akzeptable Untersuchungen zu diesen subjektiven Feldern relativ selten; öffentlich zugänglich sind deshalb fast ausschliesslich sogenannte harte Daten. Informationen zu Einstellungen, Erwartungen und Einschätzungen werden vorwiegend von privaten Instituten produziert, sind qualitativ nicht immer über alle Zweifel erhaben und nur beschränkt öffentlich zugänglich. In dieser eher prekären Datenlage spiegelt sich die bis heute weitverbreitete Skepsis gegenüber subjektiven Indikatoren wider.

Die verfügbaren punktuellen Informationen und Daten ergeben denn auch eher ein uneinheitliches Bild über die quantitative Bedeutung der Ängste und Verunsicherungen, sowohl was die Kriminalitätsfurcht wie auch die relative Stellung anderer gesellschaftlicher Problemfelder betrifft. Immerhin sind sehr allgemein zwei Sachverhalte festzustellen, die hier am Beispiel einer Grafik aus den UNIVOX-Erhebungen 1993 (GfS 1993) illustriert werden:



Erstens beziehen sich die Verunsicherungen der Bevölkerung auf eine ganze Reihe, auf eine Pluralität von gesellschaftlichen Bereichen; Ängste sind also keineswegs allein auf die Kriminalität fokussiert, sondern betreffen – zumindest gleichgewichtet – auch die Erwerbstätigkeit, das Einkommen und die Armut, gesundheitliche Probleme sowie die Umweltsituation.

Und zweitens ist Kriminalität keineswegs das wichtigste Problemfeld, das identifiziert wird; der «erste Rang» kommt eindeutig der Arbeitslosigkeit zu, welche in den Augen der Bevölkerung offensichtlich das herausragende gesellschaftliche Problem seit Beginn der 90er Jahre

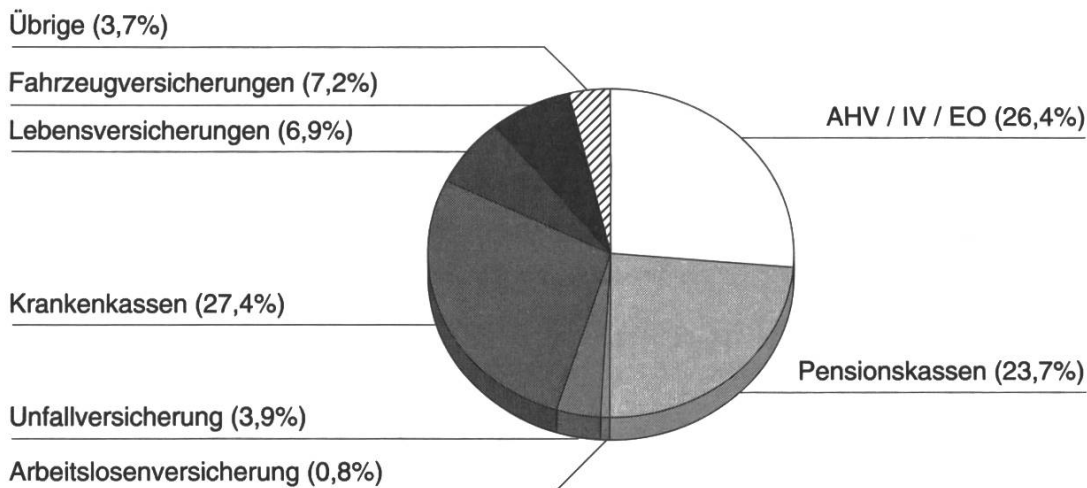
darstellt. So meinen denn auch Meier-Dallach und Nef in einem Synthese-Bericht, dass der Bereich Arbeit in den letzten Jahren eine prioritäre Bedeutung als Quelle von Verunsicherung in der Bevölkerung erlangt hat (Meier-Dallach 1994, 66). Sie weisen gleichzeitig darauf hin, dass die Verunsicherung durch Kriminalität gesamtschweizerisch in den letzten Jahren nur unwesentlich zugenommen habe – trotz der politisch und in den Medien intensivierten Diskussion zu diesem Thema. Allerdings nimmt in spezifischen Bevölkerungsgruppen – etwa bei Frauen und älteren Menschen – und vor allem in städtischen Räumen das Gewicht des Kriminalitätsproblems etwas stärker zu als im Durchschnitt (Meier-Dallach 1994, 34–36).

3. Der Blickwinkel der Versicherungen

Die Einschätzung der Bevölkerung zeigt uns somit eine multi-thematische Auffächerung der subjektiv empfundenen Bedrohungslage, wobei die Kriminalität nur ein Element unter mehreren anderen – vorwiegend sozial geprägten – Problemfeldern einnimmt. Nun wissen wir, dass Ängste und Verunsicherungen sich naturgemäss in den Aufbau und Ausbau von Institutionen umsetzen, welche zwar nicht die Risiken und deren Eintreten an sich verhindern helfen, aber immerhin zur Reduktion der – finanziellen – Folgen eventuell realisierter Bedrohungen beitragen. Ein Blick auf die Struktur der Versicherungen in der Schweiz stellt deshalb ergänzende Information zur subjektiv empfundenen Risikolage dar.

Gesamthaft gibt ein schweizerischer Haushalt jährlich rund Fr. 13'500.– oder rund 16,5% seines Budgets für Versicherungsprämien aus; dies sind über Fr. 5'500.– pro Kopf der Bevölkerung. (BFS 1994a, 7)

**Grafik 2: Versicherungsprämien pro Haushalt:
Anteile an den Gesamtausgaben 1992**



Quelle: BFS (1994a)

Rund die Hälfte dieser Prämien geht in die Altersversicherungen und etwa ein Drittel in die Kranken- und Unfallkassen. Das heisst, dass der überwiegende Teil der Versicherungsausgaben für die Absicherung gegen soziale Risiken aufgewendet wird; der Schutz vor den Folgen verbrecherischer Akte, also insbesondere gegen Diebstahl, nimmt in den Prämienausgaben der Schweizer Haushalte einen so kleinen Platz ein, dass diese Beiträge in den Publikationen des Bundesamtes für Statistik nicht gesondert ausgewiesen werden (BFS 1994a, 58–59).

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn wir die Institutionen betrachten. Die privaten Versicherungseinrichtungen – also ohne die staatlichen Sozialversicherungen – haben 1992 im direkten Schweizergeschäft rund 29 Mia. Franken an Prämieinnahmen verzeichnet. Davon flossen nur rund 0,6 Mia. Franken in die Diebstahlversicherung; weitere rund 3 Mia. Franken können teilweise und indirekt vielleicht auch noch mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden (BPV 1994, 296–298). Es handelt sich dabei um Glasbruch-, Feuer- und Kasko-Versicherungen. Auch wenn wir somit das Versicherungsgeschäft oh-

ne die Sozialversicherungen betrachten, nehmen die kriminalitätsgebundenen Prämieinnahmen einen eher bescheidenen Platz ein.

Und dies gilt natürlich erst recht, wenn wir sie in Bezug setzen zu den rund 95 Mia. Gesamteinnahmen, welche die Sozialversicherungen zu verzeichnen haben (BSV 1994, 279). Gegenüber sozialen Problemfeldern stellen wir somit auch beim Versicherungsschutz eine relativ geringe Bedeutung der kriminellen Bedrohungen fest.

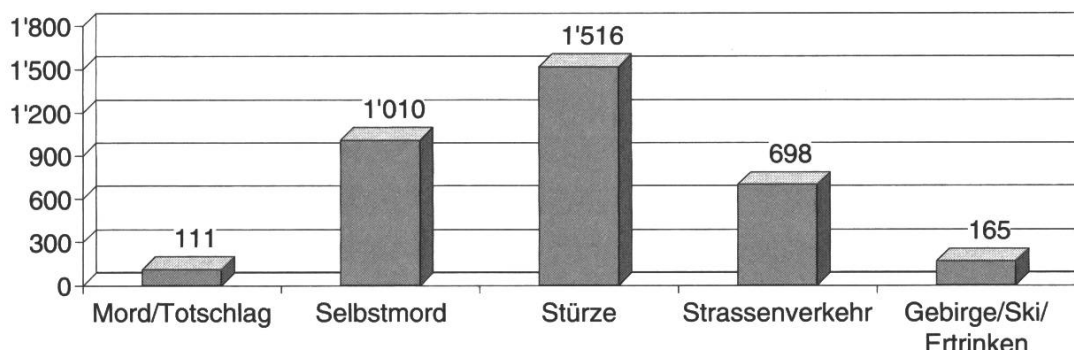
4. Lebenslagen der Bevölkerung

Nach diesem Blick in die subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung sowie in die thematische Gewichtung der Risikolagen durch die Versicherungen erkennen wir in Fragen der gesellschaftlichen und persönlichen Sicherheit ein relativ geringes Gewicht verbrechensbezogener Elemente und eine markante Priorität für soziale Problemstellungen. Ich werde deshalb in den nächsten Minuten ein paar Bilder zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung und insbesondere zu prekären sozialen Situationen skizzieren.

4.1 Erstes Bild: Leben und Gesundheit

Die körperliche Unversehrtheit ist zweifellos ein fundamentales Gut, dessen Verletzung eine wesentliche Beeinträchtigung des persönlichen Wohlbefindens und der persönlichen Sicherheit darstellt.

In der Schweiz sterben jährlich rund 65'000 Personen. Unfälle und Gewalt sind in rund 5'000 Fällen oder bei 7,5% die Hauptursache (BFS 1994b, 8–19). Dabei sind folgende bemerkenswerte Häufigkeiten festzustellen:

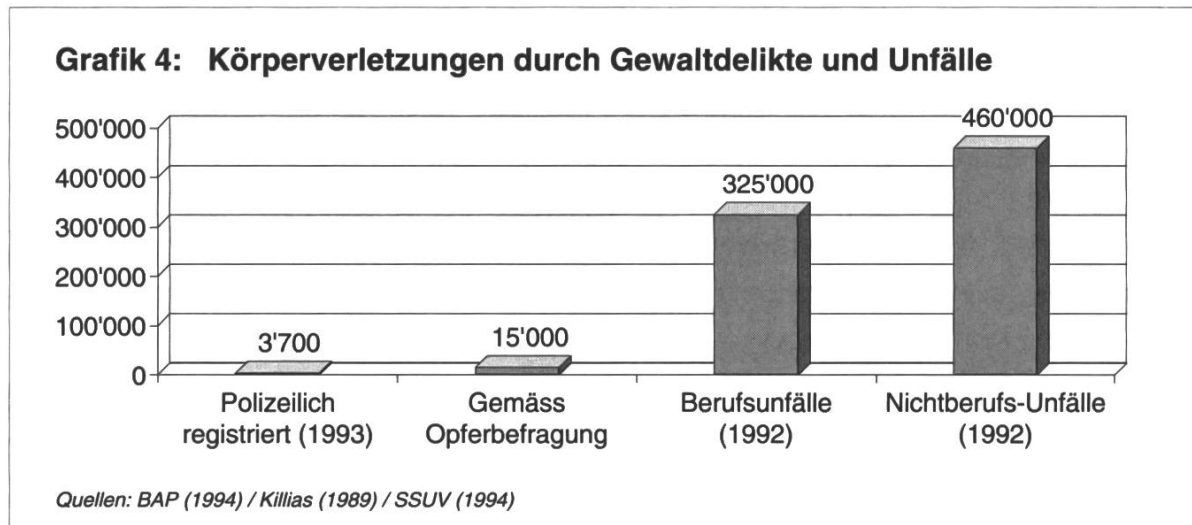
Grafik 3: Anzahl Todesfälle 1993 nach ausgewählten Todesursachen

Quelle: BFS (1994b)

In nur etwa 100 von diesen insgesamt 5'000 Fällen – oder in etwa 2% ist kriminelle Gewalteinwirkung die massgebende Todesursache. Dagegen ist das Risiko, durch nicht kriminelle Ursachen gewaltsam ums Leben zu kommen, um ein Vielfaches höher; etwa bei einem unfallmässigen Sturz oder bei einem Verkehrsunfall. Am Rande sei noch vermerkt, dass jährlich etwa zehnmal mehr Personen durch Selbstmord aus dem Leben scheiden als durch verbrecherische Handlungen.

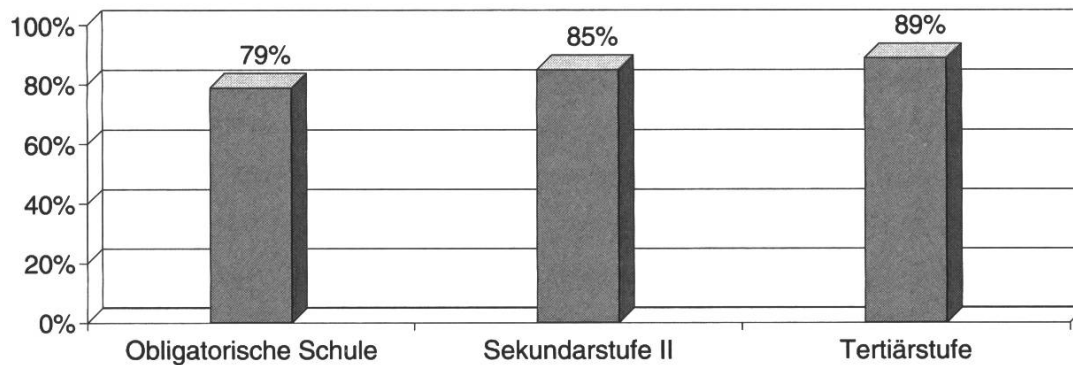
Nicht immer enden Gewalteinwirkungen natürlich mit dem Verlust des Lebens. So registrieren wir jährlich etwa 3'700 Fälle von Körperverletzung, 2'500 Fälle von Raub, 160 Entführungen und Geiselnahmen sowie rund 3'000 Sittlichkeitsdelikte, die bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden (BAP 1994). Gesamthaft kommen etwa 9'500 Delikte gegen Leib und Leben den Behörden gemäss Kriminalstatistik zur Kenntnis, die nicht zum Tod führen.

Etwas höher sind die Zahlen, wenn wir die Opferstudie von Killias beiziehen: rund 2% der über 14jährigen Bevölkerung gaben an, von solchen Tatbeständen betroffen zu sein; das sind rund 110'000 Personen, wobei jedoch nur bei etwa 15'000 Betroffenen die körperliche Integrität auch effektiv tangiert ist (Killias 1989, 59 und 106).

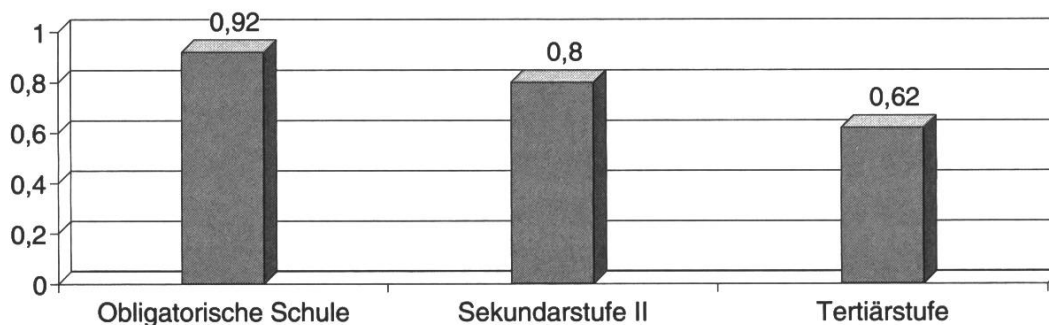


Demgegenüber stehen laut Unfallversicherungen rund 780'000 Körperverletzungen, welche nicht durch kriminelle Akte verursacht werden, nämlich 325'000 Berufsunfälle und 460'000 Nichtberufsunfälle (SSUV 1994, 317). Durch das ganz normale Alltags- und Berufsleben ist das Gefährdungsrisiko, in seiner körperlichen Integrität tangiert zu werden, somit rund 50 Mal höher als durch illegale Handlungen.

Werfen wir noch einen Blick auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung, so stellen wir fest, dass sich nur etwa 85% der Bevölkerung über 14 Jahre wirklich gesund fühlen. Rund 11,5% beurteilt ihren Gesundheitszustand als mittelmässig und 3,5% gar als schlecht (BFS 1994c, 306). Jährlich ergeben sich pro Arbeitnehmer denn auch durchschnittlich gegen 10 Tage krankheitsbedingte Arbeitsausfälle (BFS 1994d 24).

Grafik 5: Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung 1992/93: «gut»

Quelle: BFS (1994c)

Grafik 6: Arbeitsausfälle nach abgeschlossener Bildung (4 Wochen vor der Befragung, in Tagen)

Quelle: BFS (1994d)

Dabei sind bei beiden Indikatoren bemerkenswerte Unterschiede nach Bildungsstand festzustellen. Je höher die abgeschlossene Bildung, umso besser ist der subjektiv empfundene Gesundheitszustand, und umso weniger Arbeitsausfälle sind zu verzeichnen.

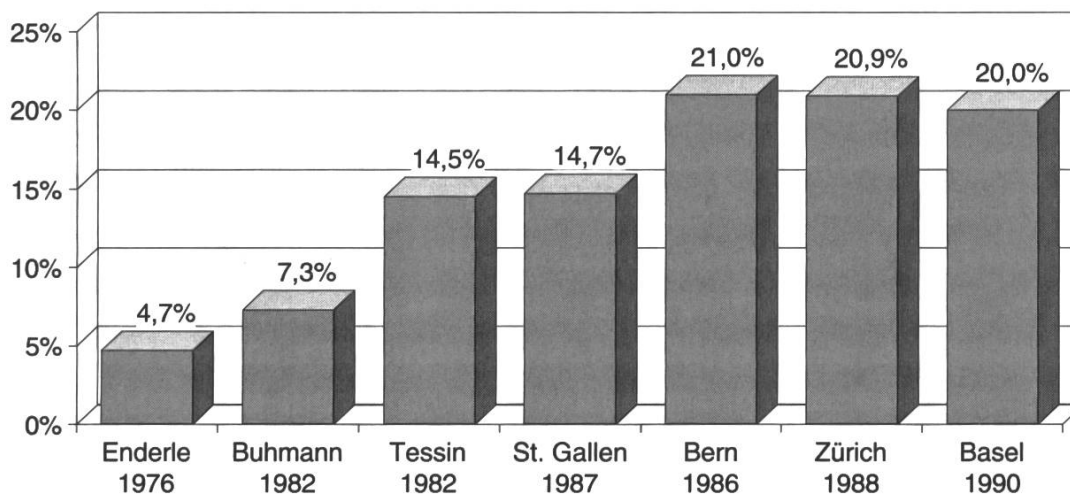
4.2 Zweites Bild: Einkommen und Armut

Die finanzielle Sicherheit ist wesentliche Voraussetzung nicht nur zur Erfüllung der fundamentalen Bedürfnisse wie Nahrung und Obdach,

sondern auch zur sozialen und kulturellen Entwicklung sowie zur gesellschaftlichen Integration. Gefährdungen der ökonomischen Situation stellen deshalb einschneidende Ereignisse in den Lebenslagen der betroffenen Personen dar.

Zweifellos sind die rund 330'000 Vermögensdelikte, welche die Polizeiliche Kriminalstatistik jährlich registriert (BAP 1994), Anlass zur Beunruhigung; und für die Opfer solcher krimineller Handlungen ist der Verlust ihres Portemonnaies, ihrer Handtasche, des Bargeldes oder der wertvollen Gegenstände sehr unangenehm und ärgerlich.

Grafik 7: Armut in der Schweiz



Quelle: Buhmann (1988) / Enderle (1987) / Farago, Füglistaler (1992) / Füglistaler, Hohl (1992) / Mäder et al (1991) / Marazzi (1986) / Ulrich, Binder (1992)

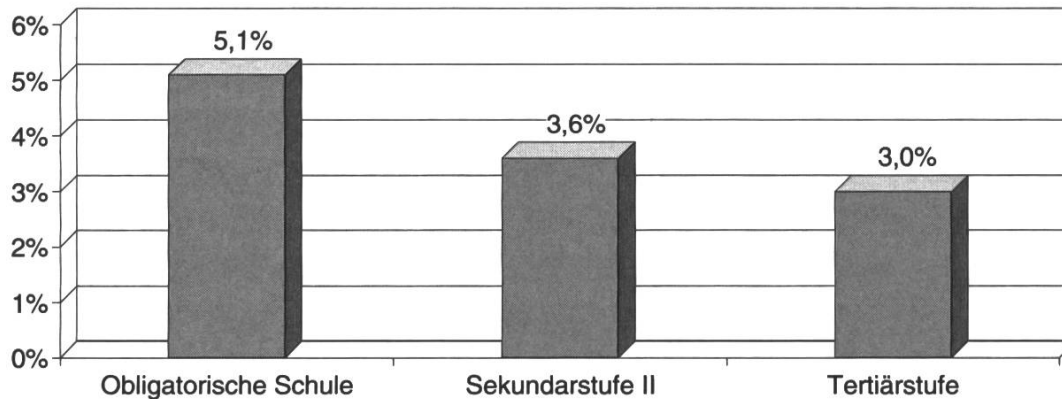
Aber in der Schweiz leben auch zwischen 10–15% der Bevölkerung oder gegen eine Million Menschen unter der Armutsschwelle. Dies ist keine offizielle Zahl der amtlichen Statistik, sondern eine sehr grobe Schätzung aufgrund kantonaler Armutsstudien Ende der 80er Jahre (Quellen siehe Grafik 7). Leider verfügen wir über keine eigentliche Armutsberichterstattung, welche uns die Entwicklungen aufzeigen würde, und die Resultate einer aktuelleren Studie von Professor Leu und seinen Mitarbeitern sind noch nicht erarbeitet.

Jedenfalls deutet nichts darauf hin, dass sich die Situation seither gebessert hätte; die wirtschaftliche Rezession der letzten Jahre, die Zunahme der Arbeitslosigkeit insgesamt, die Reduktion von Versicherungsleistungen und die Zunahme der Langzeitarbeitslosen lassen eher eine Verschlechterung befürchten.

Dabei heisst Armut nicht einfach Verlust eines Gegenstandes oder einer Handtasche. Armut heisst vielfach täglicher Kampf um die Befriedigung der Grundbedürfnisse Essen, Trinken, Kleidung und Wohnen, Armut heisst Verzicht auf Güter, die nicht zum täglichen Bedarf gehören, heisst vielfach Unterversorgung mit Versicherungsleistungen, heisst Verzicht auf kulturelle Veranstaltungen, heisst oft auch Verlust von sozialem Prestige und von gesellschaftlichen Kontakten. Und besonders armutsgefährdet sind alleinstehende Frauen mit Kindern, Rentnerinnen und Rentner sowie Personen ohne nachobligatorische Bildung.

4.3 Arbeit und Arbeitslosigkeit

Und damit sind wir beim nächsten Thema – bei der Arbeitslosigkeit. Für die meisten Menschen in der Schweiz bedeutet die Erwerbsarbeit und das Erwerbseinkommen die wichtigste Voraussetzung für ihre materielle Sicherheit. Der Verlust der Erwerbsarbeit ist denn meistens auch gleichbedeutend mit einschneidenden Reduktionen in der finanziellen Situation und stellt deshalb eine ernstzunehmende Bedrohung der persönlichen Sicherheit dar.

Grafik 8: Erwerbslosenquoten nach Bildungsstand 1994

Quelle: BFS-SAKE (1994b)

Rund 150'000 Personen oder gegen 4% der erwerbswilligen Bevölkerung sind gemäss der Schweiz. Arbeitskräfteerhebung (BFS-SAKE 1994a) gegenwärtig in der Schweiz ohne Erwerbsarbeit. Davon ist rund ein Viertel seit über einem Jahr ohne Arbeit.

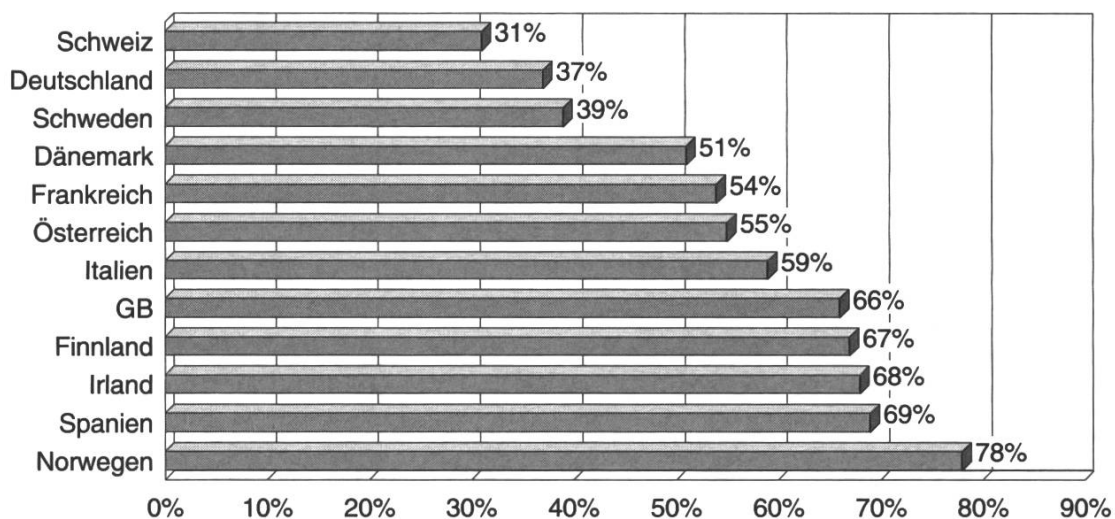
Auch in der Arbeitslosigkeit sehen wir bemerkenswerte Differenzen je nach Bildungsabschluss. Offensichtlich sind nicht alle gleich gerüstet im Kampf um die knapp gewordenen Arbeitsplätze: Wer keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss aufweist, läuft eine wesentlich grössere Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren als etwa Personen mit nachobligatorischem Abschluss.

4.4 Wohnsituation

Auch Wohnen gehört zu den grundlegenden Bedürfnissen und damit zum persönlichen Sicherheitsgefühl. Und für den Normalbürger ist die Verfügbarkeit über Wohnraum eine Selbstverständlichkeit, die kaum Anlass zum Nachdenken gibt. Trotzdem: Auch in der Schweiz gibt es Obdachlose; sie sind zwar statistisch nicht erfasst – wie bedeutsam das Problem jedoch sein muss, zeigt sich darin, dass heute Notschlafstel-

len zum sozialen Inventar jeder mittelgrossen Schweizer Stadt gehören (siehe z.B. CARITAS 1989).

Grafik 9: Anteil an Eigentümerwohnungen im internationalen Vergleich



Quelle: BFS (1994e)

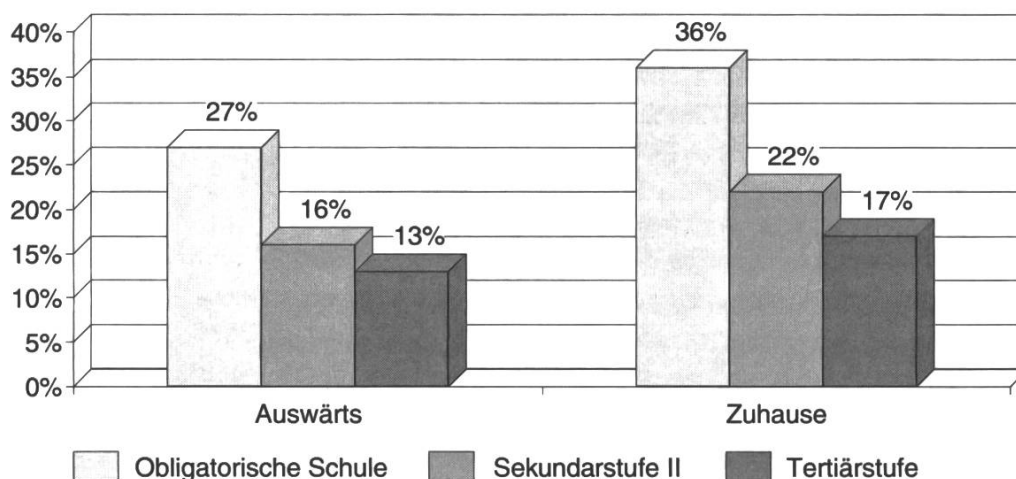
Aber auch wer gegenwärtig ein Dach über dem Kopf hat, lebt nicht risikolos: Nur rund 30% aller Wohnungen werden durch ihre Eigentümer bewohnt, die übrigen sind Mietwohnungen und damit im Prinzip kündbar. Dies ist auch im internationalen Vergleich ein überaus tiefer Anteil. Und da sich die Leerwohnungsziffer nach wie vor in den meisten Kantonen unter einem Prozent bewegt (BFS 1994e, 220), kann sich vor allem für Risikogruppen wie Arbeitslose, alleinstehende Mütter, Ausländerinnen und Ausländer auch im Wohnbereich sehr rasch eine eher bedrohliche Lage entwickeln.

4.5 Soziale Kontakte

Wer sich in schwierigen Lebensumständen befindet, wer Beeinträchtigungen und realisierte Bedrohungen erlebt, für den ist ein soziales Netz von Freunden und Bekannten besonders wichtig. Solche Kontak-

te und persönliche Hilfestellungen machen prekäre Situationen erträglicher und helfen mit, aus Krisenlagen herauszufinden.

Grafik 10: Sich fast nie mit Freunden treffen / Anteile 1988



Quelle: BFS (1990)

Rund ein Fünftel der Bevölkerung scheint aber nicht über ein solches soziales Netz zu verfügen. Jedenfalls treffen sich rund 18% praktisch nie mit Freunden oder Bekannten auswärts, und sogar rund 25% laden auch nie andere Leute zu sich nach Hause ein. Dabei erkennen wir wiederum die starken Differenzierungen nach Bildungsniveau: Je höher das Bildungsniveau, um so häufiger sind die Treffen mit Freunden und Bekannten (BFS 1990, 56 und 86).

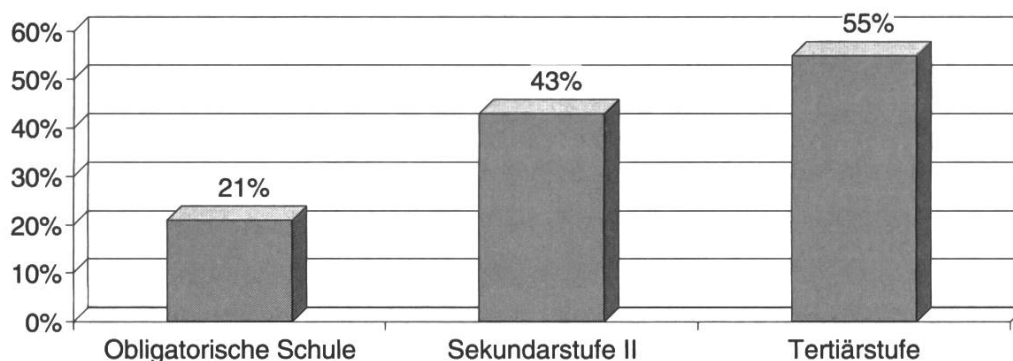
4.6 Bildungsressourcen

Eine weitere Ressource, eine weitere Grundlage neben den sozialen Kontakten, welche das Bewältigen von Krisenlagen erleichtert, ist die Ausbildung. Wer eine höhere und bessere Ausbildung aufweist, ist weniger gefährdet, von Obdachlosigkeit, Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen zu werden und kann im Eventualfall solche Situationen auch rascher und erfolgreicher überwinden.

In besonders prekären Lebenssituationen befinden sich demnach die Analphabeten. Gemäss einer sehr groben persönlichen Schätzung genügen rund 4–5% der Bevölkerung – das sind immerhin etwa 200'000 Personen – in den Lese- und Schreibkompetenzen den minimalen gesellschaftlichen Anforderungen nicht. Aber auch die rund 20% der erwachsenen Bevölkerung, welche nach der obligatorischen Schule keinen weiteren Bildungsabschluss erreichen (BFS 1993, 24–25), dürften im raschen gesellschaftlichen Wandel und in der rasanten technologisch-wirtschaftlichen Entwicklung bald einmal zu den gefährdeten Gruppen gehören.

Weiterbildung könnte hier eine Korrekturstrategie bei verpassten Bildungs- und Karrierechancen darstellen; und zudem wird Weiterbildung ja auch als notwendige Massnahme betrachtet, um in den sozialen und ökonomischen Veränderungen bestehen zu können.

Grafik 11: Weiterbildung im Zeitraum von 12 Monaten: Prozent-Anteile der entsprechenden Bevölkerungsgruppe 1993



Quelle: BFS (1995)

Aber auch hier stellen wir ein sehr deutliches Muster der sozialen Abstufung fest: Je höher die abgeschlossene Ausbildung, umso mehr Weiterbildung wird betrieben; oder deutlicher gesagt: Wer es eigentlich am nötigsten hätte, bildet sich am wenigsten weiter. Weiterbildung spielt damit auch keine gewichtige Rolle bei der Entwicklung von Strategien zur Korrektur verpasster Chancen; soziale Ungleichheit wird durch Weiterbildung eher zementiert als abgebaut (BFS 1995).

5. Fazit

Mit dem Aufzeigen von Beeinträchtigungen und Gefährdungen wollte ich nicht die soziale Situation in der Schweiz dramatisieren. Es ist auch mit den vorgestellten Indikatoren klar geworden, dass es der Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz gut geht. Die Krisen, die tatsächlich prekären Situationen beschränken sich – je nach Lebensbereich – auf eine mehr oder weniger starke Minderheit.

Ich wollte auch nicht kriminelle Akte, insbesondere Gewaltdelikte verharmlosen. Verbrecherische Handlungen weisen eine ganz besondere Qualität auf, und davon betroffen zu sein, kann eine ganz besondere Dramatik beinhalten.

Aber es scheint mir wichtig, Kriminalität in einen grösseren Kontext von Sicherheit zu stellen. Und es scheint mir wichtig, Risiko auch als quantitative Wahrscheinlichkeit, betroffen zu werden, zu definieren. Und hier haben die wenigen Schlaglichter auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung den eher bescheidenen Stellenwert von Elementen der Kriminalität und Illegalität im Gefüge von Bedrohungen und Beeinträchtigungen gezeigt. Wenn von persönlicher und gesellschaftlicher Sicherheit die Rede ist, so kann dies deshalb auch kein ausschliesslich kriminalpolitisches Thema sein. Angesichts der sozialen Risiken hat die Komponente der Kriminalität quantitativ eine eher untergeordnete Bedeutung.

Der kurze Überblick anhand statistischer Masszahlen hat auch signalisiert, dass Sicherheit und Unsicherheit in unserer Gesellschaft nicht gleich verteilt sind. Die Aufschlüsselung nach Bildungsniveau hat in den einzelnen Lebensfeldern eine klare Abstufung der Bedrohungen erkennen lassen, welche dem Muster der sozialen Hierarchie folgt: Die gesellschaftliche Elite ist offensichtlich durch soziale Risiken weniger gefährdet als die Unterschicht.

Aufgrund der Datenlage konnten wir leider der Frage nach eventuellen multiplen Deprivationen nicht nachgehen. Die Hinweise scheinen jedoch sehr deutlich zu sein, dass einzelne, schichtspezifisch definierte Bevölkerungsgruppen mehrfach benachteiligt werden, mehrfach unter sozialen Unsicherheiten zu leiden haben. Dies wären dann aber auch Ansätze zu einem gesellschaftlichen Spannungspotential, das seinerseits wieder relevant für die kriminalpolitische Seite der Inneren Sicherheit werden könnte.

Zu diesem Punkt hat einmal Frau Bundesrätin Dreifuss gesagt, die Politik der Inneren Sicherheit sei in erster Linie Sozialpolitik, sei eine Politik der Sozialen Sicherheit. Die Indikatoren, die ich Ihnen hier vorlegen durfte, widersprechen diesen Aussagen jedenfalls nicht.

Literatur

- BAP 1994. Bundesamt für Polizeiwesen, Polizeiliche Kriminalstatistik 1993. Bern
- BFS 1990. Bundesamt für Statistik, Freizeit und Kultur. Mikrozensus 1988 – Grunddaten. Bern
- BFS 1993. Bundesamt für Statistik, Bildungsindikatoren Schweiz. Bern
- BFS 1994a. Bundesamt für Statistik, Verbrauchserhebung 1991/1992. Bern
- BFS 1994b. Bundesamt für Statistik, Todesursachenstatistik: Tabellen 1993. Bern
- BFS 1994c. Bundesamt für Statistik, Schweiz. Gesundheitsbefragung. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1995. Zürich
- BFS 1994d. Bundesamt für Statistik, Schweiz. Gesundheitsbefragung. Pressemitteilung. Bern
- BFS 1994e. Bundesamt für Statistik, Bau und Wohnungswesen. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1995. Zürich
- BFS 1995. Bundesamt für Statistik, Weiterbildung in der Schweiz 1993 (Veröffentlichung 1995 vorgesehen). Bern
- BFS-SAKE 1994a. Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 1994. SAKE-News 4/94-D. Bern
- BFS-SAKE 1994b. Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 1994. Spezielle Auswertungen (unveröffentlicht).
- BPV 1994. Bundesamt für Privatversicherungen, Prämieinnahmen der beaufsichtigten privaten Versicherungseinrichtungen im direkten Schweizergeschäft. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1995, Zürich 1994
- BSV 1994. Bundesamt für Sozialversicherungen, Gesamteinnahmen der Sozialversicherungen. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1995, Zürich 1994
- Buhmann B. 1988. Wohlstand und Armut in der Schweiz. Eine empirische Analyse für 1982, Grösch

- CARITAS Schweiz 1989. Obdachlosigkeit in Basel. Ausmass und Betroffene. Berichte 4/89. Basel
- EJPD 1994. Eidg. Justiz- und Polizeidepartement, Aktionsprogramm «Innere Sicherheit 1994», Bern
- Enderle G. 1987. Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext. Eine wirtschaftsethische Studie. Bern/Stuttgart
- Farago P., Füglistaler P. 1992. Armut verhindern. Die Zürcher Armutsstudien: Ergebnisse und sozialpolitische Vorschläge, Zürich
- Füglistaler P., Hohl M. 1992. Armut und Einkommensschwäche im Kanton St. Gallen. Bern/Stuttgart
- GfS 1993. Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung, Datenbank UNIVOX. Adliswil.
- Killias M. 1989. Les Suisses face au crime. Collection Criminologie Volume 5. Grüsch
- Mäder U., Biedermann F., Fischer B., Schmassmann H. 1991. Armut im Kanton Basel-Stadt. Basel
- Marazzi C. 1992. La povertà in Ticino. Bellinzona
- Meier-Dallach H.-P., Nef R. 1994. Risiko und innere Sicherheit in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Zürich
- SSUV 1994. Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG, Berufs- und Nichtberufsunfälle 1992. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1995, Zürich.
- Ulrich W., Binder J. 1992. Armut im Kanton Bern. Bericht über die kantonale Armutstudie. Bern

